



Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gilt in den Städten als dringendster Wunsch an die Kommunalpolitik. Der Einfluss auf das örtliche Geschehen wird aber eher als gering eingeschätzt. BILD: CHRISTOPH SCHMIDT/DPA

## Wilhelmine wird geborgen

**Verkehr:** Bahn legt Tunnelbohrmaschine frei

Rastatt. Nach einer Havarie im Jahr 2017 in einem Tunnel unterhalb der Rheintalbahn sind erste Teile der damals verschütteten Tunnelbohrmaschine wieder zum Vorschein gekommen. Mit der Freilegung und Demontage des Tunnelbohrers namens Wilhelmine werde eine wichtige Voraussetzung für den Weiterbau an der Oströhre des Tunnels Rastatt geschaffen, teilte die Bahn am Mittwoch mit. Das Schneidrad ist bereits zu sehen, das nun mit Schneidbrennern zerlegt wird. Der Rest von „Wilhelmine“ wird in den nächsten Monaten ausgegraben und abgebaut.

Zu der Havarie war es am 17. August 2017 im Zuge des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn gekommen: Die Tunnelvortriebsmaschine hatte für den Bau der Oströhre eine Gleisstrasse der bestehenden Rheintalbahn unterquert, als sich die Gleise absenkten. Der Bahnverkehr stand rund sieben Wochen still. Um den Schaden zu begrenzen und den Boden zu stabilisieren, pumpeten Arbeiter Beton auf 160 Metern Länge in die Röhre – in der noch die Tunnelbohrmaschine steckte.

### Rheintalbahn ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Achsen

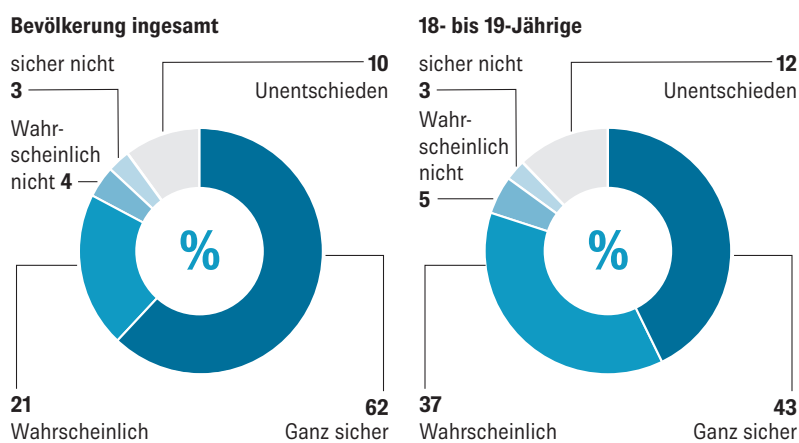
Seither war ein umfangreiches Konzept erarbeitet worden, um die Ost-röhre im Zuge des milliardenschweren Ausbaus der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel weiter bauen zu können. Sie soll in offener Bauweise, also von oben, bis 2026 fertiggestellt werden. Dafür hebt die Bahn an der Stelle mit der eingebetteten Maschine eine 200 Meter lange und 16 Meter tiefe Baugrube aus, legt „Wilhelmine“ frei und demontiert Maschine wie auch Röhre. Die Teilstücke wiegen jeweils rund 200 Tonnen, wie es weiter hieß.

Die Rheintalbahn ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Achsen im europäischen Eisenbahnnetz. Durch ihren Ausbau soll die Bahn-Verbindung deutlich schneller und leistungsfähiger werden. *lsw*

# Interesse an Kommunalwahlen

## Pläne für die Beteiligung an den Kommunalwahlen

Am 9. Juni finden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen statt. Werden Sie bei der Kommunalwahl wählen gehen?

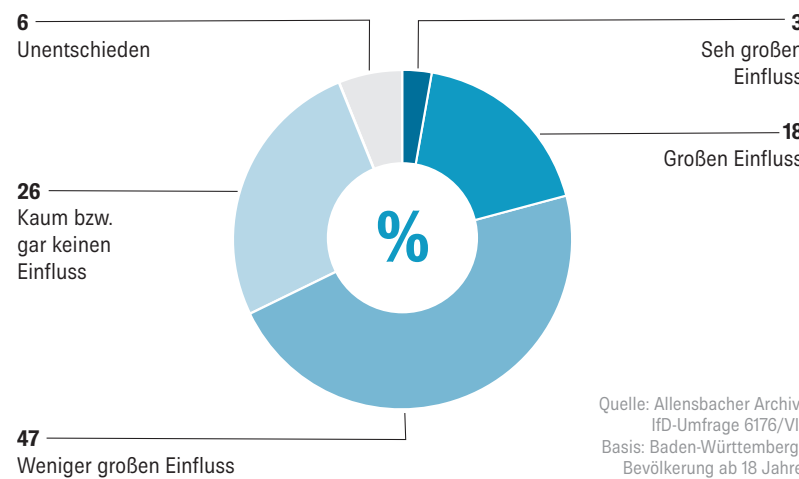


Was beschäftigt die Menschen vor der Kommunalwahl am 9. Juni? Das war die Frage im aktuellen BaWü-Check. Ist in der Stadt besonders bezahlbarer Wohnraum wichtig, wünscht man sich auf dem Land vor allem einen besseren Nahverkehr.

Von Anna Grah

## Wenig Einfluss

Wie ist Ihr Eindruck: Wie viel Einfluss hat man als Bürger auf das, was am Ort geschieht?



Bezahlbarer Wohnraum, der Ärztemangel, die Unterbringung von Flüchtlingen und das Nahverkehrsangebot – das sind die Fragen, die den Menschen im Land mit Blick auf die Kommunalwahl unter den Nägeln brennen, wie aus dem aktuellen BaWü-Check hervorgeht. Damit treibt wie in früheren Befragungen aus der Reihe das Thema Wohnen die Menschen am meisten um. Hohe Preise und hohe Mieten vor allem in Städten und Ballungsräumen gehören für die Bürgerinnen und Bürger im Land nach wie vor zu den drängendsten Problemen.

In der aktuellen Umfrage befanden nun 62 Prozent der Befragten, dass sich Verwaltung und Politik vor Ort als Allererstes um bezahlbaren Wohnraum kümmern sollte, gefolgt vom Ärztemangel (45 Prozent). Die Flüchtlingssituation besser zu bewältigen und den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, halten jeweils 38 Prozent für wichtige Themen. Etwa ein Drittel halte Lehrermangel, Pflegeheime und Schulgebäude für besonders wichtig.

Dabei geht die Gewichtung der Anliegen bei der Bevölkerung in Stadt und Land erwartbar weit auseinander. Für Menschen im ländlichen

Raum spielt der Ausbau des Nahverkehrs (50 Prozent) die größte Rolle. In Städten ist es der bezahlbare Wohnraum. Und in Großstädten wird die Bekämpfung der Kriminalität als deutlich wichtiger erachtet als bei der Dorfbevölkerung.

Aus der Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach geht hervor, dass das Interesse der Menschen an der Kommunalwahl vergleichsweise groß ist. Die Wahlbeteiligung könnte der Umfrage zufolge ähnlich hoch ausfallen wie 2019. 62 Prozent der Befragten sind entschlossen, ihre Stimme abzugeben, noch einmal 21 Prozent halten es für wahrscheinlich, dass sie wählen gehen. „Die aktuellen Absichtserklärungen deuten jedoch darauf hin, dass die Wahlbeteiligung

zumindest das Niveau von 2019 erreicht oder übertrifft“, heißt es von den Experten in Allensbach. Allerdings beschäftigen sich die Bürger in der Regel erst kurz vor dem Termin mit der Wahl, sodass noch keine belastbare Prognose für die Beteiligung oder für die Richtung der Wahlentscheidung möglich sei.

Die Antworten auf die Frage nach der Parteipräferenz sind eher als Stimmungsbild und nicht als „Sonntagsfrage“ wie bei Bundes- oder

Landtagswahlen zu werten. Auf die Frage, welche Partei für sie infrage käme, gaben 27 Prozent der befragten Wahlberechtigten die CDU an, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. Die AfD landet mit 13 Prozent auf Platz vier, gleichauf mit den Freien Wählern. 11 Prozent der Befragten können sich vorstellen, Kandidaten der FDP zu wählen. Fünf Prozent wollen sich für eine andere Partei entscheiden, und der Rest will nicht wählen oder ist noch unentschlossen.

Das Wahlverhalten bei der Kommunalwahl ist zudem nicht mit dem bei Landtags- oder Bundestagswahlen vergleichbar, da die Wähler die

handelnden Personen, aber auch die Themen besser kennen. So ist es auch nicht überraschend, dass in der Umfrage 68 Prozent der Wahlwilligen ihre Entscheidung von den Zielen und Programmen der Kandidaten vor Ort abhängig machen wollen. Für 54 Prozent ist die Haltung zu bestimmten Projekten relevant, die ihnen persönlich besonders wichtig sind. 39 Prozent machen ihre Entscheidung von der Politik auf Bundesebene abhängig. Nur knapp jedem Fünften geht es aber um die Parteizugehörigkeit der Kandidaten.

Ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auf das Geschehen vor Ort halten die Befragten indessen für beschränkt. Trotz wachsender Bürgerbeteiligung auch in Kommunen haben 73 Prozent den Eindruck, keinen oder weniger großen Einfluss zu haben. Nur 21 Prozent finden, dass sie große oder sehr große Einflussmöglichkeiten haben. Selbst für die Kommunalwahl zu kandidieren kommt nur für 25 Prozent der Befragten infrage.

Dabei finden 56 Prozent der Befragten es „toll, wenn Menschen sich für ihre Gemeinde engagieren“. Nur gut ein Drittel glaubt, dass Kommunalpolitik nicht von Parteipolitik bestimmt ist – und ebenso viele glauben, dass Kommunalpolitiker vor allem eigene Interessen verfolgen. Ein

Viertel hält die Kommunalpolitiker für unentbehrlich, aber 14 Prozent glauben, dass die Kommunalpolitik keinen Einfluss hat. Der Gemeinderat ist in Baden-Württemberg das Hauptorgan der Kommune, er entscheidet über konkrete Angelegenheiten wie etwa den Bau von Kitas oder den kommunalen Haushalt.

Und während soziale Medien ansonsten eine große Rolle spielen, wird in der Kommunalpolitik den klassischen Medien eine große Bedeutung zugeschrieben. 82 Prozent halten es für wichtig oder sehr wichtig, dass dort ausführlich über das Geschehen in der Kommune berichtet wird. 58 Prozent der Befragten informieren sich in der lokalen oder regionalen Tageszeitung über das Geschehen in ihrem Wohnort. Sie genießen auch das höchste Vertrauen. 49 Prozent in Amts- und Mitteilungsblättern der Gemeinden, 38 Prozent suchen die Informationen in sozialen Netzwerken.

Die Zukunftsaussichten bewerten die Befragten nach wie vor wenig rosig. Skepsis und Besorgnis überwiegen bei den Befragten (55 Prozent). 30 Prozent blicken mit Hoffnungen auf die nahe Zukunft. Die Jüngeren im Alter zwischen 30 und 44 Jahren sind aber deutlich optimistischer. Hier blicken 44 Prozent mit Hoffnungen in die Zukunft.



Blick auf einen Teil der freigelegten Tunnelbohrmaschine. BILD: ULI DECK/DPA

## Langsame Finanzämter

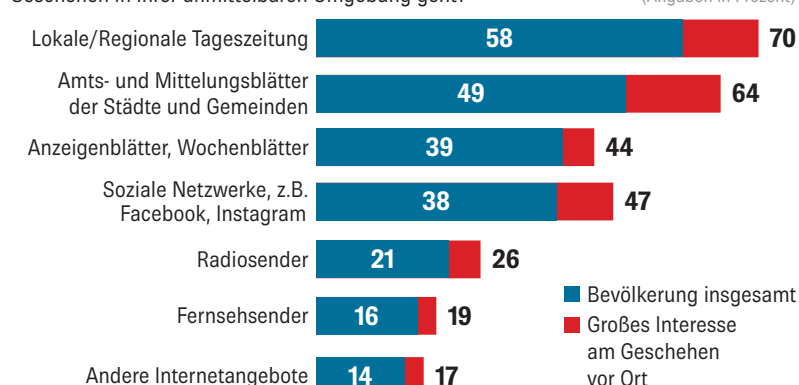
**Ranking:** Baden-Württemberg auf dem letzten Platz

Stuttgart. Die Finanzämter in Baden-Württemberg haben sich bei der Bearbeitung von Einkommensteuererklärungen für 2022 viel Zeit gelassen: 54 Tage dauerte dies im Schnitt. Der Südstwest belegte damit im Länderranking des Bundes der Steuerzahler den letzten Platz gemeinsam mit Niedersachsen. Landeschef Eike Möller sagte am Mittwoch in Stuttgart, der Rückfall vom 13. auf den nun letzten Platz sei bedenklich. „Und er zeigt hinsichtlich der anderen Bundesländer ja auch, dass es durchaus gelingen kann, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen.“ Am schnellsten ist der Erhebung zufolge Berlin.

Die Berliner Finanzämter benötigen im Schnitt 39 Tage, gefolgt von Hamburg (41,8 Tage) und Thüringen (43,2 Tage). Auffällig sei, dass in den meisten Bundesländern die Bearbeitungszeit der Finanzämter im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden konnte, so der Steuerzahlerbund. Bei der Bearbeitung der Steuererklärungen von Arbeitnehmern benötigten Baden-Württembergs Finanzämter einen Tag länger als im Vorjahr (51 statt 50 Tage). *lsw*

## Informationsquellen über das lokale Geschehen

Wo informieren Sie sich, wenn es um das Geschehen in Ihrem Wohnort, um das Geschehen in Ihrer unmittelbaren Umgebung geht? (Angaben in Prozent)



## BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Sie wird im Auftrag der Tageszeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach mehrmals im Jahr durchgeführt.

In der Zeit vom 12. bis 20. März 2024 wurden in Baden-Württemberg 1029 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt.

## Inhalte wichtig

Was spielt für Ihre Wahlentscheidung vor allem eine Rolle, worauf achten Sie? (Angaben in Prozent)

